

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für

den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: 8. bis 14. Oktober 3000000 M. Einzelne Nummern 600000 M.
Herausgeber: Geschäftskette Nr. 2129. Schriftleitung Nr. 14574
Postgeschäftskonto Dresden Nr. 2486 Stadtgirokonto Dresden Nr. 140

Ankündigungspreise — Grundpreis mit Schlüsselzahl der deutschen Zeitungen.
(Grundpreise: die 32 zum breiten Grundpreis oder deren Raum 135 M., die 65 zum breiten
Grundpreis oder deren Raum im amtlichen Teile 270 M., unter Einschluß 400 M.
Schlüsselzahl: 100000). Erhöhung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. Schlüssel
der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Blätter, Befreiungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturstiftung, Jahresbericht und Rechnungsabföldung
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Hopfzucker aus den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: Hauptchristleiter Bernhard Jolles in Dresden

Nr. 237

Dresden, Mittwoch, 10. Oktober

1923

Die Verhandlungen der deutschen Industriellen mit Degoutte vor dem Reichstag. Reichsminister Sollmann gegen Wulle — Die Währungsreform des Herrn Helfferich — Das Ermächtigungsgesetz.

387. Sitzung vom 9. Oktober.

Zu der Tagesordnung steht die
erste Beratung des Ermächtigungsgesetzes.

In Verbindung mit einem Antrag Schäffer (Dem.), der Gehege verlangt zum Abbau der Beamtenzahl, zur Neorganisierung der Justiz und Reichsverwaltung, zur Verabsiedlung der Reichsministerialverfassung und des Geschäftsganges des Reichsatz.

Abg. Dr. Helfferich (Deutschland, Ep.) berichtet die Übertragung des Ermächtigungsgesetzes an einen Ausschuß. Ein so wichtiges Gesetz darf nicht überstürzt werden. (Brimann bei den Kommunisten — Heiterkeit.)

Abg. Schäffer (Dem.) nimmt dem Ermächtigungsgesetz zu und ist gegen eine Abstimmung. Hier handelt es sich um eine dringende Angelegenheit, die nicht verzögert werden darf. Auch die Kommunisten hätten manche Bedenken gegen den zweiten Artikel, der die Weltung des Reiches von der Zusammenarbeit des Staates abhängig machen will, sie würden aber diese Bedenken nicht zum Aula einer Verzögerung lenzen.

Das Ermächtigungsgesetz sei nicht eine Bankrotterklärung des Parlaments, sondern der Ausdruck der Erkenntnis, daß außerordentliche Zeiten und Zustände auch außerordentliche Maßnahmen erfordern. Um den Bankrott des Staates zu vermeiden, müsse das Parlament mit einer Beschränkung seiner Befugnisse einverstanden sein. Heute sei die Zeit gekommen, die jetzt vorbereitet werden darf.

Die Zeile der Wirtschaft, die ihre Erfüllung nur auf die Ausübung des Parlamentsrechts gründen, müssen verschwinden. Abg. Schäffer bittet dann um Annahme seines Antrags, der die dringend notwendigen Erspartisse in der Versorgung einfaches jährt.

Abg. Rödlich (Kom.): Das Ermächtigungsgesetz bedient die Aufhebung des Parlamentarismus, der Tod der Demokratie und den Beginn der Diktatur. In den jetzigen revolutionären Zeiten brauchen wir allerdings die Diktatur; es ist die Schule der Sozialdemokratie, das wie Gott der proletarischen, die Strennes-Diktatur bekommen. Der Redner wird wegen der bedeckenden Ausruhs gegen die Sozialdemokratie zu Ordnung gerufen.

Abg. Müller-Franke (Soz.):

Wir sind mit vielen Einschränkungen des Abg. Schäffer einverstanden; aber andere Punkte gehen über den Rahmen des Ermächtigungsgesetzes hinaus. Der Redner betrübt dann sozialdemokratische Anträge. Darauf solle es auf Grund des Ermächtigungsgesetzes getroffenen Maßnahmen bis spätestens zum 1. Januar 1925 gelten, und die Erwerbslosenfürsorge soll aus dem Gehege herausgelöscht werden. Von einem Bankrott des Parlamentarismus ohne keine Rede sein. Da den jetzigen abnormen Zeiten sind außerordentliche Mittel ratsig.

Die Sozialdemokratie hatte gern die Wahl am 1. November statt. Angetischt des jetzigen Generalangriffs der Unternehmer im Ruhr-Bergbau sei die soziale geistliche Festlegung des Arbeiterschutzes notwendig. Ist der Regierung klar, ob die Zeitungsmittel einig sind, daß während der deutschen Unternehmer bei dem französischen General angegriffen haben, wie die Verlängerung der Arbeitszeit über den gesetzlichen Wochentag hinaus durchgesetzt werden kann, und daß der französische General sie durch die Antwort bestimmt hat, daß sie eine innerdeutsche Angelegenheit, in die er sich nicht einzumischen?

(Hört, hört!)

Wir wollen weiter Rücksicht haben über die Verhandlungen, die von der rheinischen Industrie mit den Franzosen geführt werden. Unter keinen Umständen dürfen sich Großindustrie in ihrem Profitinteresse in die Reparationsverhandlungen einziehen, die zwischen den deutschen und französischen Regierungen zu führen sind. (Beschluß Bildt.) Der Otto-Wolf-Vertrag ist der schwere Gang in die Regelung der Reparationsfragen. (Sehr wahrl. Bildt.) Ja nicht

von de. Zeitpunkt gekommen, wo der Reichsminister prüfen muß, ob nicht Landesverrat vorliegt? (Vorfall B. Zustimmung Bildt.) Der Redner weiß dann die kommunistischen Anträge und er läßt sich darüber das Ermächtigungsgesetz, das nur solange gelte, wie die Sozialdemokratie die Regierung kontrollieren könne.

Abg. Kautz (D.) betont den Kommunisten gegenüber, da Ermächtigungsgesetz sollte gerade der schrankenlosen Macht der Partei und Syndikate ein Ende machen. Jetzt müssen von allen Seiten Druck des Besitzes und der Arbeit gebracht werden. Die Überorganisation in der Staats- und Privatwirtschaft müsse befestigt werden. Notwendig sei vor allen Dingen eine Vereinfachung des jetzt ganz unübersichtlichen Steuerwesens. Es ist zu umständlichen und kostspieligen Verwaltungsaufgaben der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung müssen durch eine Vereinfachung und Zusammenfassung abgebaut werden. (Befall.) Von der Produktionssteuerung kommt kein Sinn oder Nutzen in der deutschen Wirtschaft ab. Die Verlängerung der Arbeitszeit muß möglichst im Wege der freien Vereinbarung vorgenommen werden. Auch die Arbeiter müssen Opfer bringen. (Amaria bei den Soz. Frau Siegler ruft dem Redner erregt zu: „Kommen Sie bloß

nach Württemberg zurück!“) Auf dem Gebiete der Wirtschaftswissenschaft müsse in erster Linie Ordnung geschaffen werden. (Beschluß im Zentrum.)

Abg. Dr. Hugo (D. Ep.): Der deutsche Reichstag steht bei der Entstehung über das Ermächtigungsgesetz vor einer schweren Verantwortung. Wir haben uns dabei nicht vom Verteilungsrat, sondern von vaterländischen Bürgern leiten. (Widerpruch d. d. Kom.) Das Gehege (Gesetz) ist eine Diktatur nach dem russischen Muster, mit der eine Partei ihre Macht verwirklichen kann. Die Regierung ist aus vier Parteien zusammengesetzt und so werden wir zu einer Diktatur der Verbindung kommen müssen. Vor allem muß das Währungsproblem gelöst werden.

Abg. Wulle (Dau. d. d.): bezeichnet das Gesetz als ein Kastrierungsgesetz, dem seine Freunde nicht annehmen können. Die Wahrung der deutschen Ehre könnte nicht einem Sozialdemokraten als Ehrenamt nicht anvertraut werden.

Reichsminister nister Sollmann:

Herr Abg. Wulle, ich lehne es ab, mich mit Ihnen über deutsche Ehre zu unterhalten, seitdem ich weiß, daß Sie meinem Ministerium, ohne ein Wort des Widerpruchs, ein Telegramm übermittelt haben, in dem ein ganzer Landesteil

fremden Staates zu stellen. (Hört, hört bei der Mehrheit. — Lärm bei den Deutschnationalen.) Der Anttag Schäffer wollte der Reichsregierung überreichen werden; sie wirkt die in ihm enthaltenen weitreichenden Anträge ernsthaft prüfen. Wir verstehen nicht die Bedenken, ob in allen Parteien gegen ein solches Ermächtigungsgesetz bestehen können. Wir erachten aber die Zustimmung ohne Ausschlußberatung, weil in dieser feindseligen Zeit in Deutschland vor allem reich gehandelt werden muß. Sie sollten sich deshalb ein Beispiel am Reichstag nehmen, der die Befragung so reich verabschiedet hat. Von einem Verteilungsrat des Parlamentarismus kann keine Rede sein. Die aus verschiedenen Parteien zusammengeführte Regierung unterliegt der Kontrolle des Reichstags, der sie jeden Augenblick mit Zweckentfremdtheit bestimmen kann. Die Reichsregierung wird sich gegen eben Versuch einer illegalen Diktatur zur Wehr legen. Wir kennen weiter die Tatsatz einer einzelnen Bevölkerungsschicht, noch einer einzelnen Partei. (Rote d. Kom.: Mit Ausnahme von General.) Auch der wirtschaftlich stärkste wird nicht das Recht haben, eine Diktatur über das deutche Volk auszüben. Die Reichsregierung hat die Führung und Verantwortung und sie wird sich weder führen noch Verantwortung übernehmen lassen.

Unheilvolle Zustände auf dem Kartoffelmarkt.

Es rächt sich bitter, daß die Reichsregierung sich hartnäckig geweigert hat, dem rechtzeitig vom Sächsischen Wirtschaftsministerium gestellten Antrag auf Einführung einer Kartoffelsteuer zuzugeben. Die Zustände, die sich nun, unter der völlig freien Kartoffelwirtschaft, auf dem Kartoffelmarkt entwickelet haben, überschreiten auch die üblichen Verhüchtungen, die gezeigt wurden. Die landwirtschaftlichen Erzeuger in den verschiedensten Kartoffelproduktionsgebieten Deutschlands lassen jeden Kunden soien Pflichtgefühl in dieser schweren Zeit völlig vermissen. Das Sächsische Wirtschaftsministerium hat der Kartoffelproduzenten klug im Kartoffelhandel seine ständige Aufmerksamkeit gewidmet und häufig Nachforschungen und Kontrollen in Gemeinschaft mit der Buchergerichtshofstelle vorgenommen. Es kann heute schon festgestellt werden, daß die

jede Preis zu bieten, vor allem, sofort zu bezahlen.

Von den Ausläufern wie meist gründlich nur Bargeld — wegen der hohen Kosten des Scheitwerts — in Rücksicht genommen, sogar wechselscheinbaren werden, so ist es gezwungen, auch wieder den Lieferanten bei der Bestellung der Kartoffeln Pfandscheine auszuhandeln, die von diesen dann mit einem endgültigen Kaufpreis, der erst am Tage der Belieferung festgesetzt wird und mit dem Vortage der entsprechenden Banknoten ausgefüllt werden. Wer nicht mit ungebührten Summen kommt, wird überhaupt nicht beliebt. Fehlkalkulationen ergeben, daß auch den Landwirten bekannte Händler, die mit 60 Milliarden Auszahlung kamen, ohne weiteres lächerlich zurückgewiesen wurden.

Bei Beträgen unter 10 Millionen wird oft überhaupt keine Quittung erteilt. Der Preis, der von den Großhändlern gefordert wird, und an den die Großlieferanten gebunden sind, liegt schon seit mehreren Tagen erheblich über 2 Goldmark.

Das liegt daran, daß von den Ausläufern 2½ Goldmark ohne weiteres geboten werden. Es sind sogar schon Preise von 3 Goldmark für den Gentner genannt worden. Die Nachfrage nach Kartoffeln ist so stark, daß z. B. eine Dresden-Großhändlerfirma von ihren Auftraggebern beauftragt wurde, auf alle Fälle Kartoffeln heranzuschaffen, selbst wenn der Lieferant keine Preise er am Tage der Belieferung zu erbringen wäre.

Das Angebot von Kartoffeln in den Erzeugungsgebieten steht bei weitem nicht die Nachfrage. Das liegt zu einem großen Teile daran, daß von den Erzeugern größere Mengen von Kartoffeln sofort bei der Bestellung an die Lieferanten, die meist nicht unmittelbar die Erzeuger, sondern landwirtschaftliche Genossenschaften, Raiffeisenverbände und Bergl seien, bezahlt werden müssen, die Auftraggeber aber benötigen Mengen Bargeld nicht zur Verfügung

haben, so geben diese ein Scheit mit unter-

schiedenen Pfandscheinen. Die Erzeuger, die werden überdeckt von Ausläufern, Kartoffeln um jeden Preis zu kaufen, jetzt so weit, daß sie die Verkäufer überholen, können an anderer Handel verkaufte Kartoffeln unter Rücksichtnahme des schon geschlossenen Kaufvertrages ihnen zu verkaufen, sie bieten einen erheblich höheren Kaufpreis und bezahlen ihn nach sofort.

Auch aus Polen und Russland zum Preis von 1 Goldmark angeboten werden. Die Zahlung in deutscher und polnischer Währung wird jedoch abgelehnt und nur der Schweizer Frank als Zahlungsmittel anerkannt.

Bei einem anderen Falle wurde, unter Auskunfts von Polen, festgestellt, daß in der Zeit vom 5. zum 8. Oktober also in 3 Tagen, der Goldmarkpreis für den Gentner Kartoffeln beim Erzeuger bis auf das Doppelte gesunken war. Wenn auch innerhalb der sächsischen Landwirtschaft fast solche Ungeheuerlichkeiten noch nicht festgestellt werden konnten, so daß das für die gesamte unheilvolle Wirkung nicht den Ausdruck, denn die größte Teil des sächsischen Kartoffelbedarfs muß eben von der außerordentlichen Landwirtschaft begogen werden. Weder Wirtschaftsministerium noch Landesprüfung, noch Buchergericht sind deshalb in der Lage, aus eigener Kraft die Dinge zu ändern. Das Wirtschaftsministerium hat jedoch eiligst das Reichsministerium von diesen Zuständen unterrichtet und beantragt, daß das Reich höchst oder mindestens für Kartoffeln feststellt. Man geht wirklich nicht so weit, wenn man sagt, daß dann, wenn das Reich gegen die Unverhältnisse der agrarischen Erzeuger nicht vorgeht, und die Konsumanten leidet, man nicht mehr nur das Reichsernährungsministerium allein, sondern, wegen der großen Wichtigkeit der Sache,

die gesamte Reichsregierung für alle

folgen verantwortlich machen

muß, die sich daraus ergeben. Es gibt möglichlich an, daß ein Teil der Agrarier eine ihnen durch den Preis an Grund und Boden, d. h. dem heiligsten und wertvollsten Gut des Landes, eingeräumte Monopolkultivierung in einer an Landesratgrenzen liegenden Weise gegen das deutsche Volk ausüben.

Das Sächsische Wirtschaftsministerium hält es für notwendig, die Öffentlichkeit von diesen Dingen zu unterrichten, da über die Schulfrage über die hohen Kartoffelpreise im Kreise der Konsumanten zum Teil die irrtigen Vorstellungen herrschen.

Im Namen der Reichsregierung habe ich folgende Erklärung abzugeben: „Die Herren Stinnes, Böögeler und Kädner haben, im Auftrage des bergbaulichen Vereins und in Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen, Verhandlungen mit General Degoutte aufgenommen. Ihre Absicht, vor der Abreise zu diesen Verhandlungen mit dem Reichskanzler Rücksprache zu nehmen, kam nicht zur Ausführung, weil der Reichskanzler, wegen der Regierungskrise und der damit verbundenen Versprechungen, die Herren nicht empfangen konnte, als sie in der Reichskanzlei erschienen. Nach der Rücksicht von den Verhandlungen berichteten die Herren an den Reichskanzler unverzüglich das Ergebnis. Die heute in der Presse veröffentlichten zehn Fragen sind am Sonntag, in Verbindung mit zahlreichem anderen Material, übergeben worden und konnten bis zur Stunde weder von den beteiligten Refforts, noch weniger vom Gesamtstab durchgearbeitet oder gar zur Unterlage von Entscheidungen gemacht werden. Die Reichsregierung konnte bisher zu den aufgeworfenen schwerwiegenden Fragen auch aus dem Grunde keine Stellung nehmen, weil die diplomatischen Vertreter des Reiches in Paris und Brüssel Anweisung erhalten haben, eine Meinungsänderung der dortigen Regierungen über die mit der Arbeitsaufnahme an Rhein und Ruhr zusammenhängenden Fragen herbeizuführen, und die Berichterstattung hierüber zunächst abgewartet werden musste. Ich bitte das Haus, sich zunächst mit dieser Erklärung zu begnügen. Es wird ja zweifellos über die wichtigen Vorgänge im Westen Weiteres zu sagen sein. (Abg. Höllerin [Komm.]: Was geschieht gegen den Hochverrat?) Das zu untersuchen, dazu wird im Augenblick auch Ihr (zu den Kommunisten) Material nicht ausreichen.“

Die Abg. Alpert (Zelle), Leit (Bayr. Bauernbund) und Leibebot (ll. Soz.) lehnen das Erwägungsgesetz ab.

Abg. Wille (Deutschövfl.) weiß den Angriff des Ministers Solmann gut. Die Bevölkerung der Insel Rorckum habe sich über kommunistischen Terror beklagt und in einem Telegramm erklärt, wenn kein Wandel eintrete, werde man sich unter holländischen Schutz stellen. (Große Unruhe.) Als Abgeordneter sei er verpflichtet gewesen, dieses Telegramm sofort an das Inneministerium weiterzuleiten. (Große Unruhe.) Der kommunistische Terror sei trotzdem weitergegangen.

Minister Solmann:

Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß dieses hochverrätische Telegramm vom Abgeordneten Wille des Ministeriums ohne ein Wort des Widerspruchs übergeben wurde. (Lärm bei den Deutschnationalen und Komm.)

Der dauerliche Zustand d. Vertrag wiederholt hieraus, unter kürzlichen Beschlüssen der Deutschnationalen und Kommunisten, die schon im Reichstag abgegebene Erklärung, die bürgerliche Regierung könne dem Gesetz nicht zustimmen.

Sie trugt Bedenken, in die Hände der Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammenhang so weitgehende Vollmachten zu legen, wie sie in diesem Entwurf enthalten sind, zumal sie sich nicht einmal auf dasjenige Gebiet mit erstreden sollen, auf dem sie am wichtigsten wären. (Große Unruhe lins.)

Abg. Dr. Schöp (D. Sp.) erklärt, der Brief des Herrn Stinnes an den Reichskanzler sei durch eine Indiskretion in ganz entstellter Form in die Presse gekommen.

Damit schließt die erste Beratung. Der Antrag der Deutschnationalen auf Ausdrucksüberweisung wird abgelehnt.

Zur zweiten Beratung ist von den Kommunisten ein Antrag eingegangen, der verlangt, die Regierung möge ein Verfahren wegen Komplotts gegen die innere und äußere Sicherheit des Reiches und wegen Hochverrats gegen die rheinischen Schwefelindustriellen einleiten, die mit General Degoutte und dem Vorsitzenden der Internationalen Kommission die bekannten Verhandlungen geführt haben.

Abg. Dr. Heßberg (Znal. Sp.) geht auf die Regierungserklärung zu den Verhandlungen ein und sagt dazu: Sehr bedauern ist mir nicht dabei, wenn in alten Zeiten und in solcher Lage des Reiches von einzelnen Personen Verhandlungen mit dem Gegner geführt werden, über die nicht vorher enge Vereinbarungen mit der Regierung geprägt worden sind.

Die Herren haben auf eigene Verantwortung gehandelt, und wir können nur hoffen, daß damit nicht vaterländische Interessen verletzt werden sind. Wenn aber tatsächlich ein Vertrag abgeschlossen sein sollte, so will ich nicht, wohl wir freuen, wenn jeder einzelne in der Lage sein soll, mit dem Gegner zu verhandeln und Verträge abzuschließen.

Graf Westarp wollte niemals die Landwirte zur Zurückweisung des Papiergedes anrufen. Ähnliche Aufführungen wie Graf Westarp hat auch der frühere Finanzminister Luther gemacht. Ich habe der Regierung den Entwurf zu einer neuen Währung zur Verfügung gestellt, aber dieser Entwurf ist so denaturiert worden, daß der von ihm gewollte Effekt damit nicht erreicht werden kann. Wenn die Abgeordneten jetzt auf mehrere Monate in die Heimat fahren, werden sie hoffentlich, um selbst ein Beispiel des Opferwillens zu geben, auf die Diäten verzichten. Wir beantragen deshalb:

Während der Dauer dieses Gesetzes erhalten die Reichstagsmitglieder Auswanderschuldigungen nur für die Tage, an denen der Reichstag versammelt ist.

Weiter beantragen wir die Streichung des zweiten Artikels, der die Geltungsdauer mit der jeweils Zusammensetzung der Reichsregierung in Zusammenhang bringt.

Arbeitsminister Dr. Braun erklärt: Die Regierung bedauert nicht mit dem Erwägungsgesetz grundlegende Änderungen in der Gewerkschaftsverfassung vorzunehmen.

Abg. Haber (B.) stimmt dem Arbeitsminister zu und wendet sich gegen den Abgeordneten Helfsrich.

Abg. Koch (Weiser, Dem.) bedauert, daß der Vertreter der bürgerlichen Regierung in dieser ersten Sitzung des Reiches eine für die Autorität der Reichsregierung so verderbende und darum auch außenpolitisch schädliche Erklärung abgegeben habe. (Lebhafte Zustimmung links.)

Unter Ablehnung aller Anträge wird § 1 angenommen mit dem Zusatzantrag, daß die Leistungen aus der Gewerkschaftsverfassung aus dem Gesetz herausgelöscht werden. Auch der Art. des Gesetzes wird genehmigt. Nach Einspruch der Kommunisten und Deutschnationalen wird die dritte Lesung erst am übermorgen festgestellt. Morgen nachmittag 2 Uhr Neinere Vorlagen. Schluß 12 Uhr.

Der Reichstag wird voraussichtlich heute, spätestens morgen sich vertagen. Das Arbeitsgesetz ist geprägt, daß zurzeit einer Abänderung unterzogen wird, ist dem Reichstag noch nicht zugegangen. Man rechnet aber damit, daß es in nächster Zeit der Fall sein wird. Dann wird der Entwurf zunächst dem Sozialpolitischen Ausschuß zugehen, und der Reichstag wird in der kommenden Woche auf höchstens zwei Tage zusammenkommen, um dieses Gesetz zu erledigen. Dann wird der Reichstag auf etwa sechs bis acht Wochen vertagt werden.

Ministerpräsident Braun über Deutschlands Lage.

Erläuterungen im preußischen Landtag.

Berlin, 9. Oktober.
Heute nochmitten begann bei gesättigtem Hause die schon wiederholt verschorene politische Debatt.

Präsident Braun äußert sich über die Aufgabe des passiven Widerstandes. Es sei ganz falsch anzunehmen, daß die Regierung durch den Abbau des Widerstandes Rhein und Ruhr aufgegeben habe. Sie werde niemals die Bevölkerung, die so überdrüssig ist, ihrem Schicksal überlassen. Die schwere Zeit, die nicht nur die Bevölkerung des betroffenen Gebiete durchzumachen habe, erlege die Pflicht auf, nach Mitteln zu suchen.

wie die Arbeitslosigkeit und der Hunger zu bekämpfen seien.

Die Regierung habe sich deshalb mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt, um Mittel für die Errichtung von Volksspeilungen in die Hand zu bekommen. Durch Aufzehrung von Mitteln für Rotschandarbeit müssen die Gewerkschaftsverfassung produktiver gestaltet werden. Um das zu erreichen, würden zurzeit mit dem Reich Verhandlungen geführt. Es sei eine befürchtete Sichtung, daß eine ganze Anzahl von Steuern nicht einmal die Verwaltungskosten decken.

Es müßten außerordentliche Maßnahmen ergreift werden, und deswegen ist die Schaffung des Erwägungsgesetzes für die Reichsregierung notwendig. Die Einnahmen vom Landen, Reich und Gemeinden müßten ver-

ständig gelöst werden. Da den Landen verbliebene Steuerquellen müssen bis zum 1. Januar aufgeschöpft werden. Um eben überhaupt von den zu erreichenden Maßnahmen Wirkungen erzielen zu können, müßte die Unruhe aus dem öffentlichen Leben verschwinden. Und das zu erreichen, müßte die

Schaffung eines festen Wertmessers angestrebt werden.

Vorstand Braun kommt dann auf die gestrigen Abschüttungen des Grafen Westarp im Reichstage zu sprechen, dessen Worte, in bezug auf die Gewerkschafts- und deren Forderungen nach einem vertriebändigen Zahlungsmittel, verhängnisvolle Folgen haben müssen. Die Lebensmittel müßten unter allen Umständen dem Volke in genügender Menge zugestellt werden. Kohle und Eisen seien der

Auflangpunkt der verhängnisvollen Preisstreiterei,

die Deutschland vom Weltmarkt ausschließt. Wenn jeder versucht, seine eigenen Interessen rücksichtslos durchzusetzen, so ist eine Erfahrung unmöglich. In seinen weiteren Ausführungen wendet sich der Ministerpräsident gegen den Separatismus und gegen Nationalverschwiegenheit. Vorgänge, wie der von Kästner, seien nur geeignet, dem Gegner Vorschub zu leisten. Niemals sei die Einigkeit im Reiche und in den Ländern notwendig gewesen, als in diesen Augenblick. In Düsseldorf habe sich Hochverrat auf offener Straße unter standesgemäßem Schutz verübt gemacht. Der amtliche Bericht, den der Ministerpräsident verfasst, beweist, daß die Polizei keine Schuld an den Vorgängen treffe. Ihnen gebühre der Dank der Bevölkerung. Die Verhängnis des Ausnahmestandes im Reiche sei notwendig gewesen. Durch ihn sei die Ruhe erhalten, die wiederhergestellt worden. Wenn zu dem äußeren Rot noch die Selbstversiegelung komme, dann sei Deutschland verloren. Das Haus ist jedoch in die Verpflichtung der Regierungserklärung eingeschritten. Hat die Sozialdemokraten spricht Limberg, ist das Zentrum Leonhardt und für die Deutschnationalen Lindecker-Wildau.

Ein Klasseurteil.

Arbeiter wegen Abweisung von Hitlerbanden verurteilt!

Stuttgart, 9. Oktober.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Ulm ist nun auch der Landwiederausbuchungsprozeß gegen die 23 angeklagten Arbeiter aus Tuttlingen, die am 9. Dezember vergangenen Jahres den Einbruch bewaffneter Hitlerbanden abgewiesen und ihre soziale Rücksicht nach München durchgesetzt hatten, beendet worden. Wenn der Angeklagten wurden zu jedem Monaten Gefängnis verurteilt. Nach der Ausgang dieses Prozesses ist als allgemeines Verbrechen hervor, genau wie der am Freitag beendete, in dem die Münchner Angeklagten freigesprochen wurden. In der Verhandlung wurde einwandfrei festgestellt, daß die Münchner Stoßtruppen zuerst geschossen hatten, worauf die Schlägerei begann.

Das Urteil erlangt an Seiten eines Justizialists, die man überwunden wähnte.

Besuch bei Beethoven.

In seiner — sehr wenig genannten — „Selbstbiographie“ gibt der böhmische Liedermacher Wenzel Johann Tomášek eine lebendige Schilderung eines Besuchs bei Beethoven, die heute um so interessanter zu lesen ist, als sie von den herkömmlichen „Erinnerungen“ des Reichs-als-Geschichts durch Selbständigkeit der Beobachtung vornehmlich absticht. Man geht ein Stück vom Menschen Beethoven — ein hohes Zielsetzen, ein stark ausgebildetes Überlegenheitsgefühl, gelegentlich auch ein wenig Bosheit — und sieht ihn um so mehr.

Tomášek fand den Meister, als er ihn am 14. Oktober 1814 in Begleitung seines Bruders aufsuchte, an diesem Tage besonders schwierig; er mußte mehr schreien als sprechen, um sich verständlich zu machen. „Das Empfangszimmer, in dem er mich freundlich begrüßte, war nicht weniger als glänzend möbliert, nebstbei herzliche auch darin eine ebenso große Unordnung, als in seinem Haare“. Beethoven arbeitete soeben an seiner neuen Kantate. Auf dem Fuße des aufrecht stehenden Pianoforte war Weihenbachs Kantale „Der glorreiche Augenblick“ aufgeschlagen. Auf der Klaviatur lag ein Blatt und ein Notenblatt, beschrieben mit den heterogenen Ideen und Eingehaltenen. „So zusammen gewürfelt, wie diese musikalischen Teile waren auch sein Gesicht, daß er, wie es bei Scherheiten der Fall zu sein pflegt, mit sehr starke Stimme lächzte, dabei fortwährend mit einer Hand um das Ohr herumstreichelnd, gleichsam als wollte er die gesuchte Gehörstrosse aufsuchen.“ Seine Sätze waren rhapsodisch, ohne festen Zusammenhang; manches Zeitwort blieb er schuldig. Ein Teil der Unterhaltung sei hier wiedergegeben:

Tomášek: Herr von Beethoven schenken sehr lächig zu sein.

Beethoven: Muß ich nicht? Was würde mein Name sagen?

Tomášek: Brucht Sie mein Schüler Wotyński hier?

Beethoven: Er war einmal bei mir, doch habe ich ihn nicht gehört. Wotyński brachte mir etwas von seinen Kompositionen, das für einen jungen Menschen, wie er, kaum gearbeitet ist. Beethoven meinte damit die Tomášek gewidmeten zwölf Rhapsodien für Pianoforte, die später in Trübsal erschienen sind.

Tomášek: Sie gehen wohl selten aus?

Beethoven: Ich niegendski.

Tomášek: Heute wird eine neue Oper von Z. gegeben; ich hab' keine Lust, eine Misch olzer Art anzuhören.

Beethoven: Mein Gott! Solche Komponisten muß es auch geben. Was würde sonst der gemeine Haushalt?

Tomášek: War erzählt mir auch, daß sich hier ein junger fremder Künstler aufhält, der ein außerordentlicher Fortepianist ist, sein soll.

Beethoven: Ja, auch ich vernahm von ihm, ihn seßt aber hörte ich nicht. Mein Gott! Er soll nur ein Vierjähriger bei uns bleiben, dann wollen wir hören, was die Wiener von seinem Spiel halten. Ich kenne das, wie alles Newt hier gesäßt.

Tomášek: Auch sind Sie wohl nie mit ihm zusammengekommen?

Beethoven: Ich lernte ihn bei der Aufführung seiner „Schlacht“ kennen, bei welcher Gelegenheit mehrere von den liegenden Komponisten ein Instrument übernahmen. Genem jungen Mann war die große Trommel zweit geworden. . .

Hahahah! Ich war gar nicht mit ihm zufrieden; er schlug sie nicht recht und kam immer zu spät, sodoch ich ihn lächlich heruntermachen mußte. . .

Hahahah! Er hat keinen Mut, zur rechten Zeit dreinzuholzen!

Über diesen Einfall müßten ich und mein Bruder herzig lachen.“

Beethovens Empfehlung zu sich selbst, empfahl sich Tomášek mit dem Vorbehalt, ihn

vor seiner Abreise von Wien nochmals zu leuchten.

Mozart's Canone-Messe. Dem Witbegünder und langjährigen künstlerischen Leiter des Dresdner Mozartvereins, Alois Schmitt, gebührt das C-moll-Kreuz der musikalischen Welt geschenkt zu haben. Deshalb hat man das Werk auch die Dresden Mozart-Messe genannt. Seit der Uraufführung am 3. April 1901 in der Martin-Luther-Kirche ist diese Messe in zahlreichen Städten des In- und Auslandes zu Gehör gebracht worden. Die gefrige Aufführung in der Dreifaltigkeitskirche war die zehnte in Dresden und, wie gleich von vornherein rühmend angesetzt werden muß, ausgezeichnet. Kapellmeister Erich Schneider hat in dieser neuntausend Zeit eine hochehrende Kunst vollbracht, die in ihren Ausmaßen so recht zeigt, was für eine Dirigentenbegabung wir an diesem sittundigen, hinreißenden und begeisterungsfreudigen Künstler als schauspielerische Kraft zur Belebung unseres Konzertwesens besitzen. Wie er mit jugendlichem Feuer die Massen giebert, Licht und Schatten verteilt, wie er Einzelheiten (Vianissimo) herausarbeitet, kurz die Kunstwerke nachschafft, muß rückhalts anerkannt werden. Hier halten sich der hohen Diszipliniertheit und Härte hält.

Niederabend Broderen. Junger Schumannscher Romantik und Schumannscher Neuronalist standen die „Vier ernsten Gesänge“ von Brahms, ein schwerer, dunkler Grabblöck inmitten gräßiger, von wechselnden Bildzeichen umspireter Musikalischen Figuren. Friedrich Broderen darf sich an die verschiedensten Aufgaben wagen, er ist längst selbst als Meister der gesanglichen Nachdruckskunst bekannt, und seine Tochter Linde schmiegt sich in der Aufführung „Serenade“ an ihn. Der Vereinshauszaal war bis auf den letzten Platz besetzt. Im nächsten Abend ein Schubert-Abend von Broderen.

Das Bayreuther Stadthaus ist zurzeit ohne Beilager. In der letzten Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums kam es zu einer Erklärung hierüber aus Anlaß einer Eingabe des Gewerkschaftsbundes, des Verbands deutschnationaler Handlungsbündnisse u. d. sich bereit erklärende, eine neue Aktion P. nach Kräften unterstützen zu wollen. Oberbürgermeister Riedner erklärte, daß der Theaterbau zunächst wegen der harten finanziellen Belastung den Beschluss gefasst hätte, das Theater einzurichten, und seine Tochter Linde schmiegt sich an ihn. Der Beschluss ist jedoch wieder aufgezogen, um die Kosten zu vermindern, sondern nur das Bayreuther Stadthaus zu lassen. Inzwischen sei ein neues Angebot eingegangen, dem man nachkommen wollte, da es so gut wie keine Belastung erforderte. Die Auskünfte über die betreffende Verbindlichkeit liegen es jedoch nicht rätschlich erscheinen, mit ihr in „eigene Verbindung zu treten. Immer

Die Stellungnahme der sächsischen Sozialdemokratie.

Scharfe Gegnerschaft zur Reichspolitik.
Die sächsischen Sozialdemokraten haben sich scharf gegen die Reichspolitik gewandt. Die Leipziger Sozialdemokraten erklärten, daß sie die Entscheidung der Reichstagsfraktion, unter weSENTLICH verfälscheter Bedeutung an der neuen Regierungskoalition teilzunehmen, nicht billigen. Sie sind der Auffassung, daß unter den gegenwärtigen politischen Machverhältnissen der Eintritt der Partei in die schärfste Opposition notwendig ist.

Der Zwicker Bezirksverband der B.S.P.D.

erläutert auf politischen Lage:

1. die erste Regierung Stresemann in außen- und innerpolitischer Beziehung ver sagt hat,
2. eine Regierung der großen Koalition nicht geeignet ist, die Reparationsfrage zu lösen, und
3. auch die soziale Gruppe gegen die Reichsgewalt zu brechen nicht willens und in der Lage ist.

In der Überzeugung, daß die neue Regierung der großen Koalition, in der die Sozialdemokratie noch einflussreicher als vorher ist, eine Gefahr für die verjüngungsbefürchteten und sozialpolitischen Interessen der Arbeiterschaft ist, protestiert der Bezirk gegen die Entscheidung der Reichstagsfraktion und erklärt sie für einen Schlag gegen die Partei, der sie vor die Existenzfrage stellt, zumal die Entscheidung für die zweite Koalition mit dem Volkspartei, ebenso wie die für die erste, gegen den Willen der Mehrheit der Parteimitgliedschaft gefallen ist.

In Chemnitz

nahmen die Funktionäre der B.S.P.D. in einer überfüllten Versammlung Entschließungen an, in denen es u. a. heißt:

Die Zustimmung zur Neubildung der großen Koalition durch die Reichstagsfraktion und den Reichsverband hat den Zusammenschluß der Partei in gefährliche Nähe gerückt und die Arbeit in den Betrieben aus der Mündigkeit erischen. Zur Sicherung der proletarischen Interessen fordern deshalb die Parteigenossen der B.S.P.D.-Fraktion den Rücktritt des uns kompromittierenden Führers, damit die Einheit der Partei nicht noch mehr in Frage gestellt wird.

Ein Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 10. Oktober.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erläutert einen Aufruf an die sozialdemokratischen Parteimitglieder, in dem die Gründe der Mehrheit und der Minderheit der Reichstagsfraktion dargelegt werden. Am Schluß des Aufrufs heißt es:

"Mehrheit und Minderheit waren ich einzig in dem Uferantus, daß der Partei und den Generälen die schwierigen Kämpfe bevorstehen. Sollen wir diese erfolgreich bestehen, so kann es, ungestrichen der herrschenden Meinungsverschiedenheiten, der höchsten Gehorsamkeit und Salagnkraft der Organisation. Datum fordert die Fraktion einmütig alle Parteigenossen auf, treu zur Partei zu stehen,

so im Inneren und äußeren Zusammenhang auf die schweren Aufgaben der nahen Zukunft vorzubereiten und mit aller Energie an einer Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und an der Verbreitung unserer Freiheit zu arbeiten."

Für den Ausbau der Deutschen Republik.

Resolutionen der Deutschen Friedensgesellschaft.

Die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, die am 6. und 7. Oktober zu Magdeburg tagte und von rund 300 Vertretenen besucht war, beschloß die folgenden Resolutionen:

1. Die Friedensgesellschaft verurteilt jeden Krieg, sowohl den Krieg nach außen wie den Bürgerkrieg. Die Gewalt des Bürgerkrieges steht heute in Deutschland vor der Türe.

Wie deshalb die rücksichtslose Auflösung und Entwaffnung aller ungleich

lichen Organisationen, seien aber in der einseitigen Auflösung republikanischer oder sozialistischer Abwehrorganisationen eine Maßnahme, die nur geeignet ist, die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Tollten die Provokationen der Gewalt politiker jedoch noch aller an die Schaltung des Friedens gerichteten Arbeit den Bürgerkrieg auslösen, dann lassen wir keinen Zweifel darüber, daß wir mit allen unseren Kräften und Mitteln auf der Seite derVerteidiger der Republik stehen und diesen Kampf als den unerlässlichen betrachten.

2. Die Deutsche Friedensgesellschaft warnt das deutsche Volk vor dem sich breitmachenden Unterfangen, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zu fordern, Deutsche damit wehrlos der Gewalt der alliierten Mächte preiszugeben und das heiligste Recht des Menschen, das Recht auf Leben, von neuem zu vergewaltigen.

3. Die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft erkläre die beste Möglichkeit für die Erlangung und Erhaltung des dauerhaften und inneren Friedens in konsequenter Ausbau der deutschen Republik.

4. Die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft fordert den Deutschen Reichstag auf, eine sofortige Aufhebung des Urteils gegen Geheimsachen zu erwirken, damit nicht der Rechtsanwalt, die Grundlage jeder inneren und zwischenstaatlichen Ordnung durch ein rechtswidriges Gesetzteil nötige.

Alte politische Nachrichten.

* Ein politischer Generaldirektor. Der Generaldirektor der Siemens-Unternehmungen, Reinhard, hat seine amtlichen Posten niedergelegt, um sich im Einvernehmen mit Siemens, fortan ausschließlich der Politik zu widmen.

Poincaré will nicht mit Stresemann verhandeln.

Paris, 10. Oktober.
Havas veröffentlicht folgende offensichtlich halbmäßige Erklärung: Die deutsche Regierung hat ihre diplomatischen Vertreter in Paris und Brüssel einen neuen Schritt bei der französischen und der belgischen Regierung unternommen, um an den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit in den befreiten Gebieten teilzunehmen. Man erinnert sich, daß sie bereits längst den Wunsch ausgesprochen hatte, die Einstellung des russischen Widerstandes zum Gegenstand einer Verhandlung zwischen dem Deutschen Reich, vertraten durch einen Reichskommissar, und den alliierten Behörden zu machen. Dies ist ihr verweigert worden, solange der positive Widerstand nicht ausgehört habe.

Die deutschen Behörden wollen die Wiederaufnahme der Arbeit und der Kohlenlieferungen zum Vorwand nehmen, um neue Verhandlungen einzuleiten. Aber man hat allen Grund zur Annahme, daß ihre Haltung auch nach dieser Richtung entlastigt wird, und daß der Ministerpräsident Poincaré in der Unterredung, die er morgen mit dem deutschen Geschäftsträger, Hochstatter Höchst haben wird, sich weigern werde, in dieser Hinsicht Bestrebungen zu gewähren.

Die alliierten Regierungen wollen tatsächlich diese Frage nicht mit der deutschen Zentralregierung erörtern, d. h. mit den Behörden, die von Berlin aus bis jetzt den Widerstand gegen die Belohnung organisiert hatten. Aber sie sind sehr gescheit, unmittelbar mit den örtlichen Behörden oder mit den örtlichen Unternehmern oder Arbeitergruppen alle notwendigen Vorbereihungen über die Wiederaufnahme der Arbeit in den normalen Wirtschaftsleben im Ruhrgebiet zu treffen. Das Abkommen, das gestern durch die alliierte Kontrollkommission mit der Gruppe Otto Wolff abgeschlossen wurde, beweist hingänglich, daß ein derartiges Verfahren rasch durchführbar und praktisch ist. Die Einmischung

der deutschen Regierung würde nur die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit, die übrigens auf ansgezeichnetem Wege ist und in wenigen Tagen allgemein sein wird, noch verlängern.

Die Zulassung der Berliner Delegierten zu den Verhandlungen ist also keineswegs wünschenswert oder nützlich. Im Gegenteil, sobald die Einstellung des Widerstandes in der Praxis vollkommen sein wird, steht es dem Reichskanzler Stresemann frei, sich an die Reparationskommission zu wenden, um ihr seine Absichten bekannt zu geben und zu verlangen, über die zukünftigen Verhandlungen der Reparationskommission gehört zu werden. In ihr und nur in ihr allein müssen sich die diplomatischen Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland vollziehen. Der Reparationskommission ist übrigens bereits heute der Text des Abkommens übermittelt worden, damit sie prüfen kann, ob die Festsetzungen dieses Abkommens mit ihren eigenen Entscheidungen im Einklang stehen.

Der deutsche Geschäftsträger bei Jassy.

Brüssel, 9. Oktober.

Die "Agence belge" meldet: Der deutsche Geschäftsträger hatte heute vormittag eine Unterredung mit dem Minister des Äußeren Jassy, dem er mitgeteilt haben soll, daß Deutsche Reich wünsche bei der Wiederaufnahme der Tätigkeit im Ruhrgebiet mitzuarbeiten und wieder auf Reparationskonto Kohlen zu liefern. Das Reich wünsche ferner den Zusammenschluß der deutschen, französischen und belgischen Delegierten zur Regelung dieser Frage. Jassy soll dem deutschen Geschäftsträger erklärt haben, er werde sich mit der französischen Regierung in Verbindung setzen. Auf jeden Fall aber müsse

das Reich den zur Lieferung von Brennstoffen bereitstehenden Industriellen versprechen, daß es diese bezahlen werde, und ferner den deutschen Eisenbahnen befahlen, daß sie die Arbeit wieder aufzunehmen.

* Das Konsortium Harpener nimmt die Reparationslieferungen wieder auf.

Paris, 10. Oktober.

Havas meldet aus Düsseldorf, daß Konsortium Harpener Bergbaubetrieb habe der französischen Ingenieurkommission mitgeteilt, daß es bereit sei, die Reparationslieferungen wieder aufzunehmen und die Ausladung der vorhandenen Lager durchzuführen.

* Die Dominions und die Reparationsfrage.

Konkrete Vorschläge.

London, 10. Oktober.

Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt: Mehrere Premiersminister der Dominions hätten konkrete Vorschläge über die eine oder andere Seite des Reparationsproblems ausgearbeitet. Von einer Seite sei der Kontrahent ein umfassender Plan vorgelegt worden, der gegebenenfalls als Grundlage der Verhandlungen dienen könne. Dieser Plan werde jetzt von der britischen Regierung und ihren Sachverständigen eingehend geprüft.

Der diplomatische Berichterstatter des "Westminster Gazette" schreibt: Poincaré lämmert sich nicht länger um Baldwin und Curzon. Die Befreiungen, die auf der britischen Ruhmeshalle mit Bezug auf die Erarbeitung einer internationalen Konferenz unterbreitet werden, würden in Paris wiederum eine lähmende Aufnahme erfahren. Da erschlich ist, daß das britische Ansehen auf dem Kontinent niemals so tief gestanden habe als gegenwärtig, so könnte es leichtweg überzeugend sein, wenn von dem Premierminister der Dominions eine starke Sprache geführt werden.

* Schäfchen: Staatstheater. Düsseldorf: Nachspiel: Die Faust, in neuer Fassung und Inszenierung "Curval" mit Eva Stünzner in der Titelpartie, Tochter (Adola) Bauer (Rödig von Rennert), Maria Höller-Kennington (Gordonius), Kurt Lippert, Angelika Kolnai (Veronica), Meyerhold-Bleiben (Rubof). Aufführung: Freitag 19 Uhr; Samstag 20 Uhr; Sonntag 21 Uhr. Georg Toller, Einspielung der Chor: Rudolf Stein (Hygienischen Institut) eine Wissenskunst. Holger, als anbellenden Et. Rev.

Z

Zobisch: Nachspiel gegen Tollwut in strengste Kontrolle, jedoch auch nur verdächtigen Falles sowie Überwachung der Grenzen; damit dort z. B. England erreicht, daß es fast ganz frei von Tollwut ist. In Deutschland hat Berlin (beim Institut für Infektionskrankheiten) und Freiburg (beim Hygienischen Institut) eine Wissenskunst. Wisse für die Erkrankung. Der Direktor des Stuttgarter chemischen Untersuchungsamts Dr. Otto Meyer, der in der "Umlauf" einen Aufsatz über den jetzigen Stand der Vitaminforschung veröffentlicht, sieht die Ergebnisse der neuesten Forschungen für eine zweckmäßige Ernährung in einigen Richtlinien zusammen. Er fordert, daß die neuesten Untersuchungen den alten Kinderärzten recht geben, die auf Verabreichung von Lebertran an das heranwachsende Kind den größten Wert legen. Auch die Bestrebungen des Vegetariers und seiner, die rohe Speisen den gefestigten vorziehen, erscheinen jetzt in einem ganz anderen Lichte und erhalten ihre Berechtigung. Schon früher wurde darauf hingewiesen, daß Schwarztrout geländer sei als Weißtrout; man nahm an, daß die im Schwarztrout enthaltenen Kleiebestandteile den Darm zur Tätigkeit antreiben. Heute wissen wir, daß beim Genuss von Schwarztrout außerdem noch eine zu große lebenswichtige Proteinfestigung erfolgt. Die wichtigsten Regeln für die Ernährung sind etwa die folgenden:

Der Mensch und das Streichquartett des Dresdner Staatsoperns. Im ersten Konzert des Streichquartetts des Dresdner Staatsoperns (Herren Sitzen, Warwas Spizner und Professor Wille) am 24. Oktober im Palmenhaus wird Aris Busch pianistisch mit. Der Abend ist ein Streichquartett und umfaßt das Quartett "Der Tod und das Mädchen" sowie das Forellenquintett. Der Sächsische Ingenieur- und Architektenverein e. V. wird seine 190. ordentliche Hauptversammlung Sonntag, den 21. Oktober, im Meierei Saal des Hauptbahnhofs in Dresden abhalten. Die Tagesordnung ist im Anzeigenblatt unserer heutigen Nummer veröffentlicht.

Im Herbst wird der Rat tun, was möglich sei, um die Sache zu beschleunigen. Weiter teilt Stadtbauamt Wöhre mit, daß die Bedeutung des Thiers nicht während der Spielzeit 400 Millionen Mark, die Beheizung, bei einem Budgetzuschuß von 200 Mill. M., 240 Millionen Mark kosten würde. Das seien zusammen 640 Millionen Mark aber, bei sechzehntigjähriger Spielzeit, eine Tagesspende von 3 M. hätte, mit einer halben Milliarde zu bezahlen.

Die rasant gewordene Schlüsselzahl. Die Schlüsselzahl für den deutschen Buchhandel, die in den allerletzten Tagen, von 50 auf 60 Mill., dann auf 75 und schließlich auf 100 Mill. erhöht werden war, beträgt, mit Wirkung von heute ab, 170 Mill. M., obwohl ein Buch, das einen Einheitswert von 3 M. hatte, mit einer halben Milliarde zu bezahlen ist.

* Die Gefahren der Tollwut. Schon seit einiger Zeit sind, wie Dr. M. im B.Z. schreibt, in Schlesien, Sachsen, Bayern, Pommern, Niedersachsen und Hannover auffallend viele Tollwutfälle bei Hunden beobachtet worden. (Im Sommer waren in Bayern auch Koten häufiger.) Insbesondere waren die Bezirke Osnabrück und Minden betroffen, doch das Volkswirtschafts- und Landwirtschaftsministerium mit den örtlichen Vertretern der Hygiene über Schutzmaßnahmen verhandelt hat. Offenbar sind die schlechten Zustände an den Grenzen schuld an dem Verlust von tollwutiger Tiere, denn die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern.

Die Tiere sind mit aller Energie an einer Erkrankung, die die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu ste

Gewerkschaften und Stimmsforderungen.

Der Anschlag vorläufig abgewiesen.

Eisen, 9. Oktober.

Auf den Seiten des Ruhrgebietes ist eine Bekanntmachung der Industriellen angebracht worden, in der es heißt: Der rheinisch-westfälische Bergbau hatte durch seine gestrige Bekanntmachung den Versuch gemacht, eine sofortige Verlängerung der Arbeitszeit wieder einzuführen, weil er dies noch wirtschaftlichem Ermessens für das einzige Mittel hält, um noch größere Not der Bevölkerung zu verhindern. Die Regierung und die Gewerkschaften haben gegen die Durchführung dieses Beschlusses Stellung genommen und sind in Verhandlungen darüber eingetreten. Wir müssen für die Verzögerung, die sich hieraus ergibt, die Verantwortung ablehnen und lassen vorläufig die bisherige Arbeitszeit bestehen.

Die Belegschaften der jämischen Zechen des Ruhrgebietes haben heute, der Parole der Gewerkschaften folgend, die bisherige Arbeitszeit eingehalten.

Berlin, 10. Oktober.

Am heutigen Mittwoch sind im Arbeitsministerium die Begegnungen zwischen dem Arbeitsminister Dr. Braun und den Vertretern des Bergbaulichen Vereins über die Vorgänge der letzten Tage im Ruhrgebiet fort. Am Donnerstag soll, in Gegenwart von Gewerkschaftsvorständen, über die gleiche Angelegenheit verhandelt werden.

Verhaftung der Reichsdirektoren gefordert?

Geisenkirchen, 9. Oktober.

Die Gewerkschaften christlichen Bergarbeiters haben beim Reichstanzler den Antrag gestellt, die Reichsdirektoren im Ruhrgebiet zu verhaften, da sie einen schweren Verstoß gegen die Reichsverfassung und gegen andere gesetzliche Bestimmungen unternommen hätten. Im Laufe des heutigen Tages fanden auf fast allen Schachtanlagen Belegschaftsversammlungen statt, in denen Stellung zu den Forderungen der Gewerkschaften genommen wurde bezüglich der Verlängerung der Arbeitszeit. Überall wurde das Angebot abgelehnt und beschlossen, der Vorstand der Organisationen zu folgen.

Im Laufe des Tages machen die Zechen neue Vorschläge, wonach die geistige Verordnung über die Verlängerung der Arbeitszeit zurückgenommen wurde.

Die Zurücknahme ist die Folge des Einbreitendes Arbeitsministers Dr. Braun, der in einem Telegramm an den Bergbauverein dieses Verlangen gestellt hatte. In den nächsten Tagen

Stufen des Fahrregimes.

München, 10. Oktober.

Und wird berichtet: Unter dem Vorstoß des Landgerichtsrichters Graf Jan am Dienstag, am 23. September, vor dem Volkgericht München I — unter Ausschluss der Öffentlichkeit — eine Verhandlung gegen den 28-jährigen Johann Georg Lunderhausen von Altheim bei München und den 43 Jahre alten Schlossermeister Josef Fördner von Unterneitingen wegen Betrugs in einem Haushalt und Fördner wurde zum Tode gelegt, daß sie in einer Reihe von kleinen Geldsäcken und Militärsachen unter großem Wohlbehagen ihrer Stellung, zum Schaden des Militärs verkannt und den Tadel für sich verbraucht haben. Das Münchner Volkgericht erkannte bei Lunderhausen, in Abwehr der Verwirksamkeit der Handlung, wobei keine vaterländischen Verdienste weitgehende Berücksichtigung fanden, auf ein Jahrzehnt Gefängnis, unter Achtung der achtmaligen Untersuchungszeit, und bei Fördner auf Freispruch.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt zeigt, wie deplaziert gerade jetzt das Verlangen der industriellen Kreise nach Aushebung des Achtfundertags ist, wird doch den meisten Arbeitern nicht einmal Gelegenheit geboten, täglich acht Stunden zu arbeiten. Wenn irgendwo die Schwerindustrie den Vorstoß gegen den Achtfundertag in der jetzigen Zeit untersetzt, so besteht, weil sie glaubt, in einer Zeit der Wirtschaftskrise, die die Kampfkraft der Arbeiterklasse ansehnlich geschwächt hat, die Gefahr leichter erreichen zu können.

Auch die christlichen Arbeiter gegen Kahrs' Tätigkeit.

München, 9. Oktober.

Das läubereutsche Kartell der christlichen Gewerkschaften nahm Stellung zu der jetzigen politischen Entwicklung in Bayern, wobei von Seiten die größten Bedenken gegen die Tätigkeit Kahrs ausgesprochen wurde, da diese die Bereitschaft gegenüber allen Gründen und Säcken der Verhinderung vermischt löste. Eine besondere Sorge Raff war an dem Streikverbot des Herrn v. Kahrs geknüpft, das verglichen wurde mit der berüchtigten Buchstaben-

wurden entsprechende Verhandlungen bei dem Reichsarbeitsminister stattfinden, um endgültige Klarheit nach der Richtung hin zu schaffen, wie die Arbeitszeit im Bergbau gestaltet werden soll. In der heutigen Verhandlung kam vereinzelt die Gewerkschaft zum Ausdruck, da genügend Arbeitsaufträge vorliegen, in eine Diskussion über die Frage der Verhinderung von Überstunden einzutreten. Jedoch eine generelle Verlängerung der Arbeitszeit wurde unter allen Umständen abgelehnt. Das Vorblatt der Bergbauernkammer hatte in der Hüttenindustrie eine Nachahmung gefunden; die Verordnung wurde jedoch ebenfalls zurückgenommen.

Eine Entschließung des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Der engere Vorrat des Deutschen Metallarbeiterverbandes sah zu den Vorgängen der letzten Zeit eine Enttäuschung in der es sieht:

Das Vorblatt der Bergbauernkammer, ihm folgend der Vorstoß der bürgerlichen Parteien im Reichstag und die von ihnen aufgestellten Forderungen eines Erwähnungsgesetzes auf wirtschafts- und finanzielle, wirtschaftliche und sozialpolitischen Gebiet lassen klar erkennen, daß es sich um ein plausibles Vorblatt unserer Gegner handelt. Die Arbeiter sollen der Krankenversicherung, der Unterstützung der Unternehmer preisgegeben, ihnen jeder Schutz aus sozialpolitischem Gebiet, der Nachtstudientag und jedes ernsthafte Wissenssamtrecht genommen werden. Die Reaktion soll in ihren Machtpositionen gefestigt, die Diktatur der Bourgeoisie auf allen Gebieten aufgerichtet werden. Die Arbeiter müssen die ihnen drohenden Gefahren erkennen. Beim Erwähnungsgesetz, das wir nicht billigen können, wollen die bürgerlichen Parteien die Arbeiterpartei für ihr gegen die Arbeiter gerichtete Vorblatt mitverantwortlich machen, und die Folgen davon würden die Gewerkschaften wie die Partei aus schwerer treffen.

Sollte die Reaktion rücksichtlos und brutal gegen die Arbeiter vor, so muß das Proletariat in einsilbigem Handeln auf dem Boden des Klassenkampfes seinen Widerstand organisieren und alle Kräfte des wertvollen Volkes in dem ihm angezeigten Kampfe zusammenfassen. Dieser Kampf wird ein schwerer, opferreicher sein und liegt zu seinem Erfolg ein plausibles, zielbewußtes Vorblatt voran. Und wir entschlossen, in zähem Ringen alle zweckdienlichen Kampfmittel in Anwendung zu bringen, o muß gleichzeitig mit allen Kampfdrägen befohlen werden, daß wir nicht durch Provokationen der Gegner uns die Kampfhandlungen diktieren lassen, sondern mit ernster Überlegung und einheitlicher Führung der Spitzenleitungen der Gewerkschaften die einzelnen Kampfesmittel anknüpfen müssen.

vollzogen. In einem Schreiben an das Generalstaatskonsulat ist deshalb die Aushebung dieser Verordnung verlangt worden.

Gemeinkraft ist, daß die Karlsruher Versammlung der christlichen Gewerkschaften, in bewußtem Gegenzug zur bürgerlichen Regierung, folgendes Treuobldöbnis zur Weimarer Verfassung abgelegt hat:

„Die christlich-nationalen Arbeiterchaft steht fest auf dem Boden der Weimarer Verfassung, die zwar für sie kein Dogma ist, die aber, wenn sie geändert werden soll, nur auf legalem Wege geändert werden darf. Die Verfassung von Weimar hat in verschiedenen ihrer Teile so ausgeprägte christliche und soziale Tendenzen, daß es für die christliche Arbeiterchaft geradezu selbstverständlich ist, dieser Verfassung nicht etwa nörgelnd gegenüberzustehen, sondern sie richtig kennen zu lernen und sie insofern dieser Kenntnis auch zu verteidigen.“

Ein bayerisch-sächsisches Komplott. Strafprozeß gegen die Nadeburger Hitlerbande.

Am Dienstag begann vor dem Gemeinsamen Sädsengericht Dresden der Strafprozeß gegen die Nationalsozialisten aus der Weimarer und Nadeburger Regierung, die am Sonntag, 9. August, einen freien Überfall auf die sozialistische Arbeiterjugend in Nadeburg ausgeführt hatten. Die Anklage lautete auf Bildung eines bewaffneten Hauses, unbefugten Waffenbesitz, großen Unfug und Beteiligung an einer in Sachsen verbotenen und aufgelösten Vereinigung (nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei) und richtete sich gegen

den Leutnant a. D. Stelzer, den Brauereigutsinhaber Kloß, den Tischler Schulz, den Betriebsleiter Milcherling, sämtlich a. D. Nadeburg, den Landwirt Werner aus Rößbach, den Landwirt Piepho aus Lauterbach, den Landwirt Willa aus Günthersdorf, den Landwirt Venrich aus Rößbach, den Landwirt Hans Keip aus Taubenheim, den Landwirt Burkhardt aus Schleife, den Landwirt Schreiber aus Semmelsberg, den Maschinengehilfen Möller aus Semmelsberg, den Saalmeyer Möller aus Weissen.

den Monteur Klein aus Weissen, den Zimmermann Barth aus Semmelsberg, den Zimmermann Galisch aus Rößbach, den Landwirt Philipp aus Rößbach, den Landwirt Richter aus Schleife, den Landwirt Schnabel aus Taubenheim, den Landwirt Görré aus Weissen, den Gutsverwalter Schröder aus Rothschönberg, den Landwirtschaftsgehilfen Ahne aus Semmelsberg,

den Kaufmann Gerlach aus Weissen, den Landwirt May Keip aus Taubenheim, den Gutsverwalter Müller aus Rößbach, den Landwirt Schneider aus Weissen b. Weissen.

Drei weitere Angeklagte, Dierke, Bräuer und Friedrich, sind nicht erschienen. Wegen sie mußte später gesondert verhandelt werden.

Auf der Vernehmung der Angeklagten, die sich im Gerichtssaal ziemlich breit und herausfordernd verhielten, zog sich bis in die späten Nachmittagsstunden hin. Gestoppt wurde, daß alle Angeklagten der NSDAP angehört haben. Einige von ihnen sind inzwischen wegen Nichterfüllung ihrer Beitragspflicht wieder ausgeschlossen worden. Interessant waren die Behauptungen des 23 Jahre alten Angeklagten Herold über die Beziehungen zu dem Oberkommando der

Arbeitswaffe, welche von Geigen und Ritterried, mit dem Gummiträppel geschlagen hatte. Schließlich wurden die Hakenkreuze zum Rückzug gezwungen. Auf dem Parkplatz hat Werner, weil er hart bedrängt worden sei, einen Schreckschuss abgefeuert.

Die Vernehmung der Angeklagten, die sich im Gerichtssaal ziemlich breit und herausfordernd verhielten, zog sich bis in die späten Nachmittagsstunden hin. Gestoppt wurde, daß alle Angeklagten der NSDAP angehört haben. Einige von ihnen sind inzwischen wegen Nichterfüllung ihrer Beitragspflicht wieder ausgeschlossen worden. Interessant waren die Behauptungen des 23 Jahre alten Angeklagten Herold über die Beziehungen zu dem Ober-

Kommando der

Arbeitswaffe.

Herold war früher Schüler der Weissen Polizeischule, flüchtete aber am 1. Mai, weil er seine Beschäftigung wegen seiner nationalsozialistischen Umtriebe befürchtete, nach Bayern, wo er sich mehrere Monate bei der NSDAP-Gesellschaft aufhielt. Bei seiner Rückkehr nach Weissen brachte er eine knappe Verpflichtungsscheine für die Führer der SA-Kommandos mit und verteilt sie an seine Weissen Freunde. Sobald die verfassungswidrige Regierung in Sachsen durch die Kommunisten gestürzt sei, sollte nämlich, nach den Plänen des Oberkommandos in München, Sachsen durch die bayrischen Hitlergardeisten besetzt, in Weissen ein Sturmabteilung gebildet werden und sofort in Aktion treten. Zum Führer war von München Werner ausgetreten, der von alledem keine Ahnung gehabt haben will. Nach anderer Besatzung bestand bereits in Weissen ein solches Sturmabteilung, wenn auch nicht in der straffen Organisation wie in Bayern. Herold, der auch dem „Blücherbund“ und den berüchtigten Organisationen „Überland“ angehört hat, hat wiederholt nach München über die fortgesetzten Verhandlungen von Nationalsozialisten durch den sächsischen Staatsanwalt berichtet und seine Beziehungen mit Otto Herold, Abutant, unterzeichnet.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

(N.) Der sächsische Geschäftsträger in München, Leopold Ritter v. Dzembowksi, ist durch Beschluss des Gesamtministeriums vom 8. Oktober 1923 von seinem Posten entlassen worden. Die Meldung der „Münchner Neuen Nachrichten“, daß Herr v. Dzembowksi seine Entlassung wegen des Eintritts der Kommunisten in die sächsische Regierung erbeten habe, trifft zu. Er hat durch ein heimliches Schreiben vom 9. Oktober 1923 um Entlassung gebeten, weil seine Aufstellung noch eine sozialistisch-kommunistische Regierung „von jedem ethischen Deutschen auf daßchäftsleben bekämpft werden müßte“.

Devisenurteil, 10. Oktober.

New York (1 Dollar):
2967 562 500 Gold — 2982 437 500 Brief.

Assistent und Beamtenanwärter,

mit allen Güteklassen vollständig vertraut, zum sofortigen Antritt für die Spar- und Renten- — Stadtbank — geeignet. Besold.: Gr. 5, Ortsf. C bzw. diätarisch; nach Gr. 5. Bewerbungssuche mit Unterlagen bis 14. d. M. erbeten am 5819

Stadtat. Harzenstein.

Polizeiwachtmeister zum Antritt für 1. Nov. gefügt.

Zweiwerke müssen geladen, mindestens 1,70 m groß, gewandt, unfehlbar und befähigt sein, Angreifer und Riederschäften abzuwehren. Besoldung nach Gr. III, Ortsf. C. Bewerbung mit dem erforderten Unterlagen werden bis 20. Oktober erbeten. Die Stelle ist Wiederaufnahmestellung vorbehalten.

Leipziger, 8. Oktober 1923. Der Stadtat.

Polizeiwachtmeister für sofort gefügt. Erfolzung nach Gr. V, Ortsf. C. Beamtenzeitigkeit vorbehaltl. der Genehmigung des Polizeidirektors. Bewerbungssuche mit Lebenslauf. Alter bis 35 Jahren und Rückporto bis zum 20. Oktober.

Wiesbaden, 27. Sept. 1923. Der Stadtat.

2. Verwaltungsssekretäre ob.-Obers-

sekretäre für die städt. Volkshilfe gefügt. Ge-

schäftsfähiger Bewerber, die die

Anstellung bei mittlerer Verwaltungsprüfung er-

folgreich abgelegt haben, wird bis zum 20. Oktober

entgegengesehen. (Ortsf. B.) 5827

Wiesbaden, 27. Sept. 1923. Der Stadtat.

Polizeiwachtmeisterstelle zum Antritt für

1. Nov. gefügt.

Besoldung nach Gr. IV, Ortsf. B. Be-

werbungssuche mit dem erforderten Unter-

lagen werden bis zum 20. Oktober erbeten.

Die Stelle ist Wiederaufnahmestellung vorbehalten.

Leipziger, 8. Oktober 1923. Der Stadtat.

Tageskalender.

Freitag: 1. Dielen- Vorstellung. (V. B. B. B.

2. Sonnabend: 11. Oktober. 7401—8200.) Anfang

1/2 Uhr.

Neues Theater

(Gaudi. Raum. mannschaft). Das gelbe Zelt. (Voll-

bühne gr. 781—860.) Anfang 1/2 Uhr. Ende

10 Uhr.

Freitag: In neuer

Einrichtung und Ins-

zenierung: Euchanide. (Die Vollbühne gr. 4075)

Am 4104.) Auf. 7 Uhr.

Samstagsbühne.

Aufl. Anfang 7 Uhr.

Freitag: 1. Dielen- Vorstellung.

Neustädter Schau-

spielhaus.

Wenn der junge Wein-

bühne (V. B. B. B. 6701)

bis 2400.) Auf. 1/2 Uhr.

Zentraltheater.

Täglich 1.8 Uhr. Ge-

niedliche Vorstellung.

Der Nachdruck auf dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck des Originalausgabe ist Quellenangabe verbindlich.

Für den Anzeigensteller verantwortlich:

Verwaltungsdirektor Rechnungsbüro & Güter

in Dresden.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Amtlicher Teil.

z. Grund des Gesetzes über Pflichten der Beamten und Lehrer und über Änderungen des Dienstes streicht vom 26. Juli 1923 (Ges. S. 244) hat das Gesamtministerium mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 ab die Dienststrafgerichte auf die Dauer von 3 Jahren wie folgt neu bestellt:

1. Diplomarkammer

a) aus den Kreisen der Staatbeamten:
Oberzollamt Wacker-Dresden (Vor.), Landgerichtsrat Dr. Schrey-Dresden, Landgerichtsdirektor Geher-Dresden, Amtsgerichtsrichter Schirmer-Greizberg, Regierungsrat Gorhardt-Dresden, Verwaltungsdirektor Mittelbach-Dresden, Amtsgerichtsrat Meuse-Dresden als Mitglieder;

b) aus den Kreisen der Gemeindebeamten:
Oberstaatsanwalt Körner-Chemnitz, Gemeindevorstand Siedl.-Neukirch, Verwaltungsdirektor Ulrich-Katzburg, Sanierungsbehörde Künzel-Chemnitz, Statist. Dr. Böhme-Leipzig als Mitglieder;

c) aus den Kreisen der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten:

Studentat Feuerig-Dresden, Dr. Weidner-Dresden, Oberstudienrat Dr. Niemann-Leipzig, Studentat Dr. Walther Niemann-Dresden, Pöhl-Dresden als Mitglieder;

d) aus den Kreisen der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten:

Studentat Feuerig-Dresden, Dr. Weidner-Dresden, Oberstudienrat Dr. Niemann-Leipzig, Studentat Dr. Walther Niemann-Dresden, Pöhl-Dresden als Mitglieder;

e) aus den Kreisen der Staatbeamten:
Präsident Dr. Thomas-Dresden (Vor.), Staatsrat Dr. Thierbach-Dresden (Stellv. Vor.), Landgerichtsrat Dr. Süßner-Dresden, Regierungsratmann Siebrach-Dresden, Oberstaatsanwalt Biehweger-Dresden, Obergerichtsrat Dr. Kunisch-Dresden, Regierungsrat Riedmiller-Schleinitz, Staats- & Oberlehrer Wunderlich-Chemnitz, Oberstaatsanwalt Gräßlich-Dresden als Mitglieder;

2. Diplomathos

a) aus den Kreisen der Staatbeamten:
Präsident Dr. Thomas-Dresden (Vor.), Staatsrat Dr. Thierbach-Dresden (Stellv. Vor.), Landgerichtsrat Dr. Süßner-Dresden, Regierungsratmann Siebrach-Dresden, Oberstaatsanwalt Biehweger-Dresden, Obergerichtsrat Dr. Kunisch-Dresden, Regierungsrat Riedmiller-Schleinitz, Staats- & Oberlehrer Wunderlich-Chemnitz, Oberstaatsanwalt Gräßlich-Dresden als Mitglieder;

b) aus den Kreisen der Gemeindebeamten:
Oberzollmeister Erbenberger-Pawlow, Vermessungsdirektor Fricker-Leipzig, Verwaltungsdirektor Höher-Döbeln, Oberstaatsanwalt Büchner-Döbeln, Vermessungsdirektor Uhlrich-Nadeburg als Mitglieder;

c) aus den Kreisen der Volksschullehrer:

Straße 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 999, 1000, 1001, 1002, 1003, 1004, 1005, 1006, 1007, 1008, 1009, 1009, 1010, 1011, 1012, 1013, 1014, 1015, 1016, 1017, 1018, 1019, 1019, 1020, 1021, 1022, 1023, 1024, 1025, 1026, 1027, 1028, 1029, 1029, 1030, 1031, 1032, 1033, 1034, 1035, 1036, 1037, 1038, 1039, 1039, 1040, 1041, 1042, 1043, 1044, 1045, 1046, 1047, 1048, 1049, 1049, 1050, 1051, 1052, 1053, 1054, 1055, 1056, 1057, 1058, 1059, 1059, 1060, 1061, 1062, 1063, 1064, 1065, 1066, 1067, 1068, 1069, 1069, 1070, 1071, 1072, 1073, 1074, 1075, 1076, 1077, 1078, 1079, 1079, 1080, 1081, 1082, 1083, 1084, 1085, 1086, 1087, 1088, 1089, 1089, 1090, 1091, 1092, 1093, 1094, 1095, 1096, 1097, 1098, 1099, 1099, 1100, 1101, 1102, 1103, 1104, 1105, 1106, 1107, 1108, 1109, 1109, 1110, 1111, 1112, 1113, 1114, 1115, 1116, 1117, 1118, 1119, 1119, 1120, 1121, 1122, 1123, 1124, 1125, 1126, 1127, 1128, 1129, 1129, 1130, 1131, 1132, 1133, 1134, 1135, 1136, 1137, 1138, 1139, 1139, 1140, 1141, 1142, 1143, 1144, 1145, 1146, 1147, 1148, 1149, 1149, 1150, 1151, 1152, 1153, 1154, 1155, 1156, 1157, 1158, 1159, 1159, 1160, 1161, 1162, 1163, 1164, 1165, 1166, 1167, 1168, 1169, 1169, 1170, 1171, 1172, 1173, 1174, 1175, 1176, 1177, 1178, 1179, 1179, 1180, 1181, 1182, 1183, 1184, 1185, 1186, 1187, 1188, 1189, 1189, 1190, 1191, 1192, 1193, 1194, 1195, 1196, 1197, 1198, 1199, 1199, 1200, 1201, 1202, 1203, 1204, 1205, 1206, 1207, 1208, 1209, 1209, 1210, 1211, 1212, 1213, 1214, 1215, 1216, 1217, 1218, 1219, 1219, 1220, 1221, 1222, 1223, 1224, 1225, 1226, 1227, 1228, 1229, 1229, 1230, 1231, 1232, 1233, 1234, 1235, 1236, 1237, 1238, 1239, 1239, 1240, 1241, 1242, 1243, 1244, 1245, 1246, 1247, 1248, 1249, 1249, 1250, 1251, 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1257, 1258, 1259, 1259, 1260, 1261, 1262, 1263, 1264, 1265, 1266, 1267, 1268, 1269, 1269, 1270, 1271, 1272, 1273, 1274, 1275, 1276, 1277, 1278, 1279, 1279, 1280, 1281, 1282, 1283, 1

